

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 62 (1970)
Heft: 4

Artikel: Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1970
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354439>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»

HEFT 4 - APRIL 1970 - 62. JAHRGANG

Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1970

**Kolleginnen und Kollegen!
Werktätige in Stadt und Land!**

Während Wissenschaft und Technik kühnste Triumphe feiern und es gelungen ist, selbst den Mond zu bezwingen, schaffen sich die humanitären Fortschritte nur mühsam Bahn. Krieg, Wettrüsten, Terror, Unterdrückung, Hunger und Ausbeutung verdüstern noch immer unsere Erde. Die Ursache liegt weitgehend in ungelösten sozialen Problemen.

Am Weltfeiertag der Arbeit wissen wir uns solidarisch mit allen Werktätigen, die um Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ringen. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind wir Glieder einer weltweiten Bewegung, die nach vorwärts drängt.

Der gewerkschaftliche Einsatz gilt einer sozialen und weltoffenen Schweiz. Kraft seiner humanitären Tradition steht es unserem Lande wohl an, aktiv mitzuwirken in allen internationalen Organisationen, die dem Völkerfrieden dienen und den krassen sozialen Unterschieden zwischen den Nationen zu Leibe rücken. Der Gewerkschaftsbund fordert den Beitritt der Schweiz zur Uno und eine intensivere Entwicklungshilfe.

Das abgelaufene Jahr brachte den meisten Unternehmungen fette Gewinne ein. Es ist daher fehl am Platz, den Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen Zurückhaltung zu predigen. Sie verlangen einen gerechteren Anteil der Arbeitnehmer am Wirtschaftsertrag. Das teils krasse Einkommensgefälle zwischen gesellschaftlichem Oben und Unten lässt sich nicht vom Leistungsprinzip her rechtfertigen.

Trotz wirtschaftlicher Prosperität ist der Arbeitsplatz vieler Werktätiger keineswegs gesichert. Die wirtschaftliche Dynamik, bedingt durch den technologischen Fortschritt, führt immer mehr zu Zusammenlegungen oder gar Schliessungen von Betrieben. Strukturelle Änderungen sind unerlässlich; sie dürfen sich aber nicht

nachteilig für die betroffenen Arbeitnehmer auswirken. Der Gewerkschaftsbund fordert angemessene Umschulungsmöglichkeiten und Verdienstgarantien. Um die Mobilität der Arbeitnehmer zu fördern, ist die Gewährung eines angemessenen bezahlten Bildungsurlaubs notwendig.

Die Demokratie darf nicht vor den Fabrikatoren haltmachen. Ein Ausbau der Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte ist ein Gebot der Stunde.

Die konjunkturelle Ueberhitzung erfordert behördliche Massnahmen. Als Alternative zu dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Exportdepot beantragt der Gewerkschaftsbund eine Vorfinanzierungsprämie des Arbeitgebers für die sogenannte zweite Säule der Altersvorsorge. Diese Dämpfungsmassnahme leistet zudem einen Beitrag zur Milderung der sozialen Inflationsschäden.

Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen vor der bedeutungsvollen Abstimmung über die Ueberfremdungsinitiative. Der vorgeschlagenen Radikalkur kann der Gewerkschaftsbund aus menschlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht beipflichten. Nicht nur Ausländer würden betroffen. Gewisse Betriebe sähen sich wegen der Knappheit der Arbeitskräfte zu tiefgreifenden Umstellungen gezwungen, wodurch auch manche Schweizer Arbeitnehmer ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren würden. Unvollständig ausgenützte Produktionsanlagen hätten unweigerlich eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums zur Folge, was sich in gewissen Regionen hemmend auf den sozialen Fortschritt auswirken würde. Zudem ist der Ausländer keine Ware, die beliebig manipuliert werden kann; er hat wie jeder andere Mensch Anspruch auf Achtung seiner Menschenwürde.

Die vom Bundesrat erlassene neue Fremdarbeiterregelung bringt unzweifelhaft Fortschritte. Die entwicklungshemmende und arbeiterfeindliche Betriebsplafonierung wird fallengelassen und durch die längst von den Gewerkschaften geforderte Globalbegrenzung ersetzt; Freizügigkeit und Kontrollierbarkeit werden verbessert. Damit sind die Voraussetzungen endlich geschaffen, um die versprochene Stabilisierung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte durchzusetzen. Die Flexibilität der Zuzugssperre liesse auch einen schrittweisen Abbau des Fremdarbeiterbestandes zu. Daran hält der Gewerkschaftsbund fest, ebenso an der vollen Freizügigkeit. Die freie Wahl des Arbeitsplatzes gehört zu den Grundsäulen einer freien Gesellschaft.

Der Gewerkschaftsbund hat zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei eine Eingabe für die 8. AHV/IV-Revision an den Bundesrat gerichtet. Sie sieht eine beachtliche Verbesserung der bisherigen Leistungen vor. Noch einen bedeutenden Schritt weiter geht die mit Unterstützung des SGB von der SPS lancierte Volkspensionsinitiative. Eine weitere Verfassungsinitiative gilt der Verbesserung der

Krankenversicherung und der Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Arbeitnehmer.

Der Gewerkschaftsbund ist entrüstet ob der Verstocktheit des Ständerates in der Frage des Kündigungsschutzes im Mietrecht. Er ersucht die Mitglieder der Einigungskonferenz dringend, den sachlich gut fundierten Mehrheitsbeschluss des Nationalrates in Wiedererwägung zu ziehen und die Geduld der Mieter nicht zu strapazieren. Ein wirksamer Kündigungsschutz dispensiert nicht vor vermehrten Anstrengungen im Wohnungsbau.

Der Gewerkschaftsbund begrüsst die Botschaft des Bundesrates über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts auf eidgenössischer Ebene. Damit ist die Verwirklichung eines seit Jahrzehnten erhobenen gewerkschaftlichen Postulats in Reichweite gerückt. Andererseits bekräftigen die Gewerkschaften ihre Entschlossenheit, weiterhin gegen die Diskriminierung der erwerbstätigen Frau zu kämpfen. Gleicher Lohn für gleichwertige Leistung!

Besondere Anstrengungen sind nötig, um den Menschen und seine natürliche Umwelt vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. Der Gewerkschaftsbund begrüsst den vom Bundesrat in Aussicht gestellten Verfassungsartikel gegen Luftverunreinigung und Lärm, ebenso die Totalrevision des Gewässerschutzgesetzes. Grosse Bedeutung kommt auch dem künftigen Bundesgesetz über die Raumplanung zu. Das vom Europarat für 1970 ausgerufene Naturschutzjahr ist geeignet, Verständnis für diese lebenswichtigen Fragen zu wecken.

Kolleginnen und Kollegen!

Grosse Aufgaben harren der Lösung. Um die Widerstände zu überwinden, brauchen wir starke Gewerkschaften. Schliesst die Reihen zu solidarischem Handeln! Auch die Jugend ist zur kraftvollen Mitarbeit aufgerufen. Demonstriert am Feiertag der Arbeit für eine sozialere Schweiz, für mehr Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit!

**Bundeskomitee
des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**